

Nachgefragt



Rosmarie Widmer Gysel
Regierungspräsidentin

«Dossier kommt in die Schublade»

Die Schaffhauser Regierungspräsidentin Rosmarie Widmer Gysel (SVP) macht die emotionale Gegenkampagne für das Nein zur USR III verantwortlich. Im Kanton sind tiefere Gewinnsteuern jetzt vorerst vom Tisch.

Frau Widmer Gysel, die Abfuhr war deutlich – auch im Kanton Schaffhausen. Was ist schiefgelaufen?

Rosmarie Widmer Gysel: Der Schaffhauser Regierungsrat bedauert die Ablehnung der Unternehmenssteuerreform III ausserordentlich. Die Vorlage war sehr technisch, aber der Abstimmungskampf wurde vor allem seitens der Gegner sehr emotional geführt. Die Befürworter haben versucht, sehr sachlich zu argumentieren.

Drohende Abwanderung von Unternehmen und Verlust zahlreicher Arbeitsplätze – sind das nicht auch emotionale Argumente?

Widmer Gysel: Das sind Tatsachen.

Keine Annahmen?

Widmer Gysel: Im Kanton Schaffhausen weiss man genau, dass 3200 Arbeitsplätze auf dem Spiel stehen. Ich weiss, woher der Kanton gekommen ist und welche Verluste Schaffhausen früher hinnehmen musste. Ich habe nie gesagt, dass die Unternehmen von heute auf morgen und auf einen Schlag abwandern werden. Aber man muss sich bewusst sein, was für die Unternehmen wichtig ist – und Steuern sind ein entscheidender Faktor. Aber die plakativen Argumente der Gegner, wie der «Bschiess am Mittelstand», solche Emotionalität hatten wir nicht.

Im Kanton hat nur eine einzige Gemeinde, Stetten, für die USR III gestimmt. Ein Zeichen, dass die obere Einkommenschicht doch überproportional von der Vorlage profitiert hätte?

Widmer Gysel: Nein, das glaube ich nicht. Es ging ja darum, Privilegien für Unternehmen abzuschaffen und eine neue Grundlage für die Besteuerung zu schaffen. Ich glaube, dass in Stetten eher Menschen – etwa Geschäftsführer – wohnen, die ein grösseres Verständnis dafür haben und sich weniger von den Emotionen leiten liessen.

Von den Befürwortern hiess es, diese Vorlage sei alternativlos. Jetzt muss aber eine Alternative auf den Tisch.

Widmer Gysel: Es gibt keinen kantonalen Alleingang. Die neuen Lösungen müssen auf Bundesebene gefunden werden. Uns fehlt jetzt die Gegenfinanzierung vom Bund, deswegen können wir nicht selber handeln. Ich denke, dass die Kantone gut mit der ursprünglichen Vorlage des Bundesrats leben könnten. Der Kontakt zwischen Regierung, Wirtschaftsförderung und Unternehmen ist sehr eng. Die Firmen kennen unsere Haltung. Und wir werden uns für eine schnellstmögliche Lösung einsetzen. Die Gegner, die darauf pochten, innert kürzester Zeit sei eine neue Vorlage ausgearbeitet – die müssen jetzt den Beweis erbringen.

Was passiert mit den Instrumenten, welche der Regierungsrat angekündigt hat? Sind die Senkung der Gewinnsteuern auf 12,5 bis 12 Prozent sowie die einprozentige Steuererleichterung für die natürlichen Personen hinfällig?

Widmer Gysel: Sie können es nicht umsetzen. Die Basis dafür wäre die USR III gewesen. Vorläufig kommt dieses Dossier in die Schublade.

Interview Alexa Scherrer

«Jetzt brauchen wir den Kompromiss»

Das Nein zur USR III versetzt auch Schaffhausen in Aufruhr. Der Job des Wirtschaftsförderers wird schwieriger, die Unternehmen bangen um ihre Planungssicherheit, und die Parlamentarier suchen den grossen Konsens.

VON ANNA KAPPELER UND ALEXA SCHERRER

SCHAFFHAUSEN Bis zuletzt war die Unternehmenssteuerreform (USR) III hart umkämpft. Letztlich mussten sich die Befürworter mit 59 Prozent Nein-Stimmen deutlich geschlagen geben. Auch für den Schaffhauser Regierungsrat ist die klare Ablehnung im Kanton eine unschöne Überraschung. Laut Regierungspräsidentin Rosmarie Widmer Gysel werde man sich jetzt für eine schnellstmögliche Lösung einsetzen (siehe Interview links). Der Kontakt zwischen Regierung, Wirtschaftsförderung und Unternehmen sei eng. Dennoch dürfte die Arbeit des kantonalen Wirtschaftsförderers Christoph Schärner nach dem deutlichen Nein jetzt schwieriger werden. Wie sich das Abstimmungsresultat auf eventuelle Abwanderungen und potenzielle Neuanstellungen auswirken wird, ist unsicher. «Wahrscheinlich werden nun verschiedene Entscheide nicht zugunsten der Schweiz ausfallen – sowohl bei möglichen Neuzuzügern wie auch bei solchen, die bereits hier sind.» Das könne zu schleichendem Abbau führen. Aber auch dazu, dass Gewinne, die heute in der Schweiz anfielen, künftig nicht mehr hier anfallen würden. «Über kurz oder lang werden wir das wohl bei den Staatsfinanzen merken», sagt Schärner.

Trotz des gestrigen Neins ist der Wirtschaftsförderer aber überzeugt: «Der Kanton Schaffhausen steht auch jetzt nicht am Abgrund.» Die Unternehmen würden nun aber über die Bücher gehen. Sicher sei, dass die Steuern einen wichtigen Einfluss haben. «Wir müssen die Unternehmen nun davon überzeugen, dass sie trotzdem nachhaltig mit dem Standort Schweiz rechnen können», sagt Schärner. Damit die Unternehmen möglichst schnell die notwendige Planungs- und Rechtssicherheit bekommen, gelte es jetzt, nach vorn zu schauen. Der Lead bei der USR III sei nun beim Bund. Ob tatsächlich, wie von einigen Gegnern behauptet, innert dreier Monate eine neue Vorlage vorliege, bleibe abzuwarten.

«Cilag wird nicht wegziehen»

Dass die fehlende Planungssicherheit problematisch sei, weil sie Investitionsentscheide hemme, führt auch der Pressesprecher der Cilag, Thomas Moser, ins Feld. Diese würden in einem internationalen Grosskonzern wie Johnson & Johnson, zu dem Cilag ge-



«Die Cilag wird nicht wegziehen», sagt Pressesprecher Thomas Moser. Aber die Planungsunsicherheit sei problematisch. Bild zvg

hört, nicht primär in der Schweiz gefällt. Faktoren wie Planungssicherheit spielten eine wichtige Rolle, gerade auch dann, wenn etwa neue Projekte an einen Standort vergeben werden sollen. «Es kann schon sein, dass die Schweiz bei zukünftigen Projekten innerhalb des Konzerns gegen andere Länder das Nachsehen haben wird», sagt Moser. Dennoch: «Die Cilag wird nicht wegziehen. Solche Entscheide geschehen sowieso nie von heute auf morgen.»

«Jetzt muss es schnell gehen»

Aufs Tempo gedrückt werden muss nun gemäss Giorgio Behr, dem Präsidenten der Industrie- und Wirtschaftsvereinigung Schaffhausen (IVS). «Mich interessiert, was jetzt passiert. Denn: Jetzt muss es schnell gehen», sagt Behr. Das Parlament in Bern habe nun die Aufgabe, einen Kompromiss auszuhandeln, der von allen akzeptiert werde. Gewinner wie Verlierer müssten sich zusammensetzen und in manchen Punkten nachgeben. «Ich appelliere hier klar an die Vernunft beider Seiten. Dann bin ich zuversichtlich, dass eine mehrheitsfähige Lösung gefunden wird.» Der Kanton Schaffhausen und auch die anderen Kantone sollen laut Behr nun nicht einfach tatenlos darauf

warten, bis der Bund handelt. «Schaffhausen muss sich jetzt schon überlegen, was gemacht werden kann. Wichtig bleibt neben der Gleichbehandlung aller Firmen und der Förderung der Forschungsaktivitäten ein im internationalen Vergleich tiefer Steuersatz.»

«Gutschweizerischer Kompromiss»

Auch die Schaffhauser SP-Nationalrätin Martina Munz setzt jetzt auf Tempo. Sie bleibt bei ihrer Prognose, dass der Bundesrat innert dreier Monate eine neue Vorlage in die Vernehmlassung schicken könnte. «Man muss jetzt ja nicht wieder bei Adam und Eva anfangen. Die Berechnungen sind bereits da», sagt sie den SN. Sie ist überzeugt, dass das Parlament jetzt «zum gutschweizerischen Kompromiss» zurückfinden muss. Der neue Vorschlag müsse ausgewogen sein. Denn das Nein zeige deutlich, dass «wenn im Parlament eine Vorlage so einseitig beladen wird, hat sie vor dem Volk keine Chance». Dennoch habe sie ein Resultat in dieser Deutlichkeit niemals erwartet. Dass es dennoch so gekommen ist, führt sie darauf zurück, dass die Befürworter die Gegenargumente nicht entkräften konnten. «Wir reden im Minimum über drei Milliarden an Steuerausfällen. Darauf, wer das bezahlen

soll, hatten die Gegner keine Antwort», sagt Munz.

Der Schaffhauser Ständerat Hannes Germann (SVP) gibt zu, dass es der Pro-Seite nicht gelungen sei, das zu stark verunsicherte Volk zu überzeugen. «Die Schwarzmalerei und das Argument der drohenden Steuerausfälle der Gegner waren stärker.» Die klare Ablehnung im Kanton Schaffhausen habe ihn aber besonders überrascht.

«Etwas übermarcht»

Germann will im Parlament jetzt wie Munz auf eine schnelle, kompromissfähige Lösung setzen. «Politische Abrechnungen sind jetzt nicht angebracht», sagt Germann. Er merkt an, bei der Vorlage «etwas übermarcht» zu haben. Man hätte die Einwände von Links ernster nehmen müssen. Auf die kommenden Debatten bezogen, sagt er: «Allzu viel Spielraum haben wird nicht. Aber etwa bei der Dividendensteuerung könnten wir einen Schritt auf die Gegner zugehen.»

Den Zeithorizont von drei Monaten für eine Vorlage stuft er aber nach wie vor als unrealistisch ein. «Da ist noch viel Optimismus dabei. Bis der Bundesrat eine neue Vorlage in die Vernehmlassung schicken kann, dauert es mindestens ein gutes halbes Jahr.»

Wie lange dauert die «gute Zeit» der Linken?

Die SP feiert ihren Sieg, bei den Bürgerlichen ist die Stimmung getrübt. Während SP-Präsident Levrat auf eine Wende hofft, winken seine Amtskollegen ab.

VON MAJA BRINER

BERN «Don't stop me now» dröhnt aus den Lautsprechern. «Stoppt mich nicht.» Das wünschte sich nicht nur Queen-Sänger Freddie Mercury, das wünschen sich auch die linken Politiker, die bei Popcorn und Bier das klare Nein des Stimmvolks zur Unternehmenssteuerreform III bejubeln. Sie wollen den Schwung aus dem Abstimmungssieg mitnehmen in die kommenden Wochen und Monate. «Ein grossartiger Sieg» sei es, ruft Paul Rechsteiner, St. Galler Ständerat und Präsident des Gewerkschaftsbundes, von der Bühne im Berner Kulturzentrum Progr der Menge zu. Er macht klar, dass sich die SP nicht auf

ihren Lorbeeren ausruhen will: Nun brauche es auch in anderen Bereichen eine «soziale Wende», fordert er, etwa bei den Krankenkassenprämien.

Rückblende. Zu jubeln hatte die SP in den vergangenen Monaten nicht allzu viel. Bei den nationalen Wahlen im Herbst 2015 legten FDP und SVP zu, die SP stagnierte. SP-Präsident Christian Levrat kündigte danach an, mit Referenden gegen die bürgerliche Mehrheit im Parlament anzutreten – unter anderem bei der Unternehmenssteuerreform III. Und das gelang: Während die Linke mit ihren Initiativen zuletzt mehr als eine Niederlage vor dem Stimmvolk einstecken musste – etwa bei der AHV-plus-Initiative –, stand sie gestern auf der Seite der Mehrheit des Stimmvolks. Das Nein sei ein «sehr wichtiges Zeichen», sagt ein gut gelaunter Levrat. Er spricht von einer «Wende» und zieht den Vergleich mit 2004. Damals konnte die Linke ebenfalls nach den Wahlen, bei denen die SVP stark zulegte, eine wichtige Abstimmung gegen die Bürgerlichen gewinnen. Levrat hofft nun bei anstehenden Vorlagen auf mehr

Kompromissbereitschaft von bürgerlicher Seite. Denn das Nein zur Unternehmenssteuerreform III zeigt seiner Ansicht nach: «Es gibt keine grosse Reform ohne Zustimmung der Linken.» Levrat kritisiert, die Mehrheit im Parlament sei «arrogant» gewesen, sie habe seit den Wahlen systematisch Konsensvorschläge abgelehnt und Minderheiten übergangen. «Dafür wurde sie nun bestraft», sagt er mit Blick auf das Abstimmungsresultat.

«Das ist die Sieges euphorie der SP»

Szenenwechsel. Im «Grandhotel Bellevue» läuft keine Musik, die Stimmung bei den anwesenden Bürgerlichen und Wirtschaftsvertretern ist getrübt. Werden sie künftig vermehrt mit der Linken Kompromisse schmieden, um an Abstimmungssonntagen nicht erneut als Verlierer vom Platz zu gehen? Die bürgerlichen Politiker winken ab. Eine Wende sei das Nein zur Unternehmenssteuerreform III nicht, finden sie. CVP-Präsident Gerhard Pfister sagt, das Stimmvolk habe einen Entscheid zur Unternehmenssteuerreform III ge-

troffen, das sei «kein Präjudiz für weitere Vorlagen». Auch FDP-Präsidentin Petra Gössi meint: «Wir müssen jedes Geschäft einzeln anschauen.» SVP-Präsident Albert Rösti will ebenfalls nichts von einer Wende wissen: «Das ist Sieges euphorie der SP.» Bei jeder Abstimmung würden die Karten wieder neu gemischt, meint er.

Dass die Bürgerlichen nicht so rasch von ihren Positionen abrücken, hat SP-Präsident Levrat erwartet. «Zunächst werden wohl alle so tun, als wäre nichts gewesen», prognostiziert er. Längerfristig aber werde der gestrige Sieg der Linken Konsequenzen haben, gibt er sich überzeugt. Das sei auch 2004 so gewesen.

«Don't stop me now, 'cause I'm having a good time», sang Freddie Mercury: «Stoppt mich nicht, denn ich habe eine gute Zeit.» Eine «gute Zeit», das hatte die Linke gestern auf jeden Fall. Allerdings könnte diese bereits in der Frühlingssession jäh enden. Denn an den Mehrheitsverhältnissen im Parlament hat der gestrige Entscheid des Stimmvolks nichts geändert.